Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214 — 1921 Nr. 19

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 13. Januar

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 35 mm breite mm-Grundzeile (6) 4. Die 3gesp. 6 mm breite mm-Reklamezeile 1.50 ℳ. Anzeigen nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr 6296. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Kabinett Leygues zurückgetreten

Rücktritt des französischen Kabinetts

Sonderdepesche!

w. Paris, 12. Januar.

In der heutigen Kammersitzung standen drei Interpellationen auf der Tagesordnung eine über die Finanzpolitik der Regierung eine über die Entwaffnung Deutschlands und eine über die allgemeine Politik der Regierung. Ministerpräsident Leygues lehnte es ab, diese Interpellationen sofort zu beantworten und verlangte ihre Vertagung. Nach kurzer Debatte wurde die Vertagung mit 463 gegen 125 Stimmen abgelehnt. Das Ministerium ist darauf zurückgetreten.

*

Das schon Angst angekündigte ist also Tatsache geworden und Millerand kann sich nach einem anderen Ministerpräsidenten umschauen. Wer nun wohl in die Bresche springen wird, ist gänzlich unbekannt. Sicher aber wird es uns der Draht in den nächsten Stunden übermitteln. Herr Leygues hätte sich sicher einen wirksameren Abschluß seiner Tätigkeit gewünscht und gehofft, daß seine Arbeit unter den Auspizien Millerands besser gewürdigt würde. Hat er doch seinen Landsleuten gezeigt, was seine Harke ist und an „Deutschenfresserei" nichts zu wünschen übrig gelassen.

Die Vorgeschichte zum Rücktritt des Kabinetts ist folgende: Außer den Interpellationen über die Entwaffnung Deutschlands und die auswärtige Politik waren noch zwei andere Interpellationen angemeldet, von denen die eine sich auf die Finanzpolitik des Kabinetts bezieht, während die andere der allgemeinen Politik der Regierung gilt. Die letzte Interpellation, die erst gestern abend durch den Deputierten Deyries eingebracht wurde, ging aber nach der Geschäftsordnung allen anderen voraus. Der Ministerpräsident Leygues hatte die Absicht, zu verlangen, daß die Beantwortung aller dieser Interpellationen nach der Konferenz vom 19. Januar stattfinden sollte. Er wollte für diese Verhandlungen vollständig freie Hand haben und sich nicht durch ein Kammervotum in eine bestimmte Richtung drängen lassen. Er hatte auch ganz ehrlich gesagt, daß er selbst vielleicht in der Debatte irgendetwas sagen könne, was die Haltung zu den Verbündeten zu beeinflussen vermöchte. Er glaubte, daß seine Autorität leiden würde, wenn er gezwungen wäre, sich kurz vor einer entscheidenden Beratung noch einmal über seine Anschauungen aussagen zu lassen. Er war deshalb entschlossen, die Vertrauensfrage zu stellen. Die Interpellanten über die auswärtige Politik waren mit dem Aufschub einverstanden, aber Herr Deyris bestand auf seinem Recht, und da die Gruppe der radikalen Sozialisten über die Art, wie die Ministerkandidaten für den Senat ihren Kampf geführt haben, verstimmt ist, waren auch sie einem Angriff gegen das Kabinett nicht abgeneigt. So wurde denn die Vertrauensfrage gestellt und Herr Leygues konnte gehen.

Der neue Kurs in Amerika

Die Absage der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika an die europäische Entente ist nunmehr durch den Austritt Amerikas aus dem Obersten Rat klar und deutlich ausgesprochen. Ein schärferer Trennungsstrich zwischen dem neuen republikanischen Kurs in den Vereinigten Staaten und der Politik Wilsons konnte nicht gezogen werden. Wilson und seine Freunde haben bis zum letzten Augenblick an dem Ziel festgehalten, den Friedensvertrag von Versailles — wenn auch mit Ausnahme der Völkerbundsbestimmungen — in Amerika zur Anerkennung zu bringen, aber jetzt hat sich die Politik Hardings mit aller Kraft zur Durchsetzung gebracht, und es ist nur eine Frage von wenigen Monaten, wann der letzte Rest des Einflusses Wilsons und seiner Freunde von der amerikanischen Politik entfernt sein wird. Obwohl man in Europa schon längst eine gänzliche Absonderung der Vereinigten Staaten von den europäischen Friedens-Angelegenheiten erwartet hatte, ist man doch verblüfft darüber, mit welch prompter Konsequenz die republikanische Politik zur Durchführung gelangte. Wilson und seine Freunde sind nunmehr in Amerika sowohl als auch in Europa gänzlich erledigt. Mit den künstlichsten Mitteln hatte Wilson auch jetzt noch versucht, seinen Einfluß geltend zu machen. Aber der neue Schritt der amerikanischen Regierung dürfte für ihn keinen anderen Ausweg lassen, als nunmehr endgültig vom Schauplatz abzutreten und sich von der Führung der politischen Geschäfte zurückzuziehen. Nach sehr zuverlässigen Mitteilungen amerikanischer Blätter dürfte der Abgang Wilsons unmittelbar bevorstehen. Mit dem republikanischen Kurs wird aber auch gleichzeitig eine neue Phase der weltpolitischen Entwicklung eingeleitet, und es ist von Interesse, mit welcher Voraussicht man sich in England und Frankreich auf die kommenden Tatsachen vorbereitet hat.

Die französische Regierung hatte kürzlich an Amerika die Anfrage gestellt, wie es sich zu der Frage der Besetzung des Ruhrgebiets oder anderer Strafmaßnahmen gegen Deutschland stellen würde. Amerika hat nicht etwa eine gänzliche Uninteressiertheit an dieser Frage an den Tag gelegt, sondern es hat der französischen Regierung eine unzweideutige Mitteilung zugehen lassen, in der ausgesprochen wird, daß ein derartiges Vorgehen der französischen Regierung in Amerika für inopportun gehalten würde. Die französische Regierung, die offenbar eine solche Antwort erwartet hatte, war sich in dem Augenblick, als sie die Anfrage stellte, klar darüber, daß es bei dem bevorstehenden Rücktritt Amerikas aus dem Obersten Rat notwendiger denn je zuvor sei, die amerikanische Regierung um ihre Meinung in bezug auf die Lösung der europäischen Angelegenheiten zu befragen. England hat schon seit Monaten seine Politik darauf eingestellt, Amerika als Kontrolleur der europäischen Politik zu betrachten. Nicht etwa darum, weil es Amerika darauf ankommen könnte, sich selbst in die europäischen politischen Angelegenheiten einzumischen, sondern in erster Linie deswegen, weil der Einfluß Amerikas auf die außeneuropäische weltpolitische Entwicklung in der nächsten Zukunft sehr hoch eingeschätzt werden muß. Die Lösung des Orientproblems hat der englischen Politik sehr viel Kopfzerbrechen verursacht, nicht nur deswegen, weil die orientalischen Völker sich gegen die englische Herrschaft aufzulehnen beginnen, sondern in erster Linie aus dem Grunde, weil die amerikanische Politik sich unzweideutig gegen die englischen Weltinteressen ausgesprochen hat. Die englische Diplomatie hat nunmehr einen vorzüglichen Schachzug gemacht, indem sie die Streitfrage um die Weltherrschaft auf dem Petroleummarkt vollkommen ignorierte und sie hinüberspielte nach Ostasien und dem Stillen Ozean, wo Amerika selbst sich gefährdet sieht. Die amerikanische Flotte hat bekanntlich ihre Hauptaufmerksamkeit nach dem Stillen Ozean gelenkt, um die strategischen Bewegungen Japans beobachten zu können. England ist sofort auf diese Wendung eingegangen und hat seine Flotte aus den Gewässern des Stillen Ozeans zum weitaus größten Teil zurückgezogen, um dieses Gebiet den Amerikanern vollkommen zu überlassen. Dagegen ist die englische Flotte in die Gewässer Indiens und vor allen Dingen in Europa konzentriert worden mit dem Anschein, als handele es sich für England darum, gegen das Ueberhandnehmen der revolutionären Bewegung im Orient Maßnahmen zu ergreifen. In Wirklichkeit aber wolle England demonstrativ zum Ausdruck bringen, daß es den Amerikanern auf dem Stillen Ozean volle Handlungsfreiheit läßt. Die Beziehungen zwischen England und Nordamerika haben sich sogar unter dem Eindruck dieser politischen Strategie Englands in den letzten zwei Monaten wesentlich gebessert. Die bevorstehende Flottenkonvention zwischen Kanada und Nordamerika ist der erste Schritt zu einer englisch-amerikanischen Verständigung, und ganz besonders sind es die neuerlichen Verhandlungen zwischen England und den Vereinigten Staaten über die Frage der Beherrschung der Meere, die den Abschluß eines Kompromisses vorbereiten. Amerika scheint sich davon überzeugt zu haben, daß England auch gewillt ist, in bezug auf den Völkerbund die Wünsche und Interessen der amerikanischen Staaten wahrzunehmen und keine endgültigen Abmachungen zu treffen, die geeignet

Ministerzusammenstoß im Hauptausschuß

b. Berlin, 12. Januar.

Im Hauptausschuß des Reichstages nahm heute vor Eintritt in die Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern der preußische Ministerpräsident Braun das Wort zu einer Entgegnung auf die gestrigen Erörterungen betreffs der Siedlungsfrage. Die ungeheure allgemeine Preissteigerung hemme naturgemäß auch die Siedlungstätigkeit. Das Reichssiedlungsgesetz schaffe den Gesellschaften, die mit der Aufgabe der Siedlung betraut seien, lediglich Land. Trotzdem sei die Siedlungstätigkeit erfreulicherweise jetzt immer noch reger als in früheren Zeiten. Von seiten der Verwaltung des Ministers sei jedenfalls alles getan, was im Bereich der Möglichkeit liege, um die Sache zu fördern. Leider wurden infolge der finanziellen Notlage und weil den Ländern durch die neue Steuergesetzgebung ein Hauptteil der Steuerquellen entzogen worden sei, dem Minister stets die immer wieder erneuten Gesuche um geldliche Unterstützung für die Siedlungsfrage von den einschlägigen Finanzstellen abgelehnt. Ein höherer Beamter des Reichsarbeitsministeriums habe in einem zur Kenntnis des Ministerpräsidenten Braun gelangten Briefe erklärt, daß die Angriffe gegen Braun nicht ganz ohne Zutun des Briefschreibers erfolgt seien und daß man die ungefäge Masse der preußischen Verwaltung durch Stockschläge in Kraft setzen müsse.

Reichsminister Koch erwiderte: Das Siedlungswesen in Preußen gehöre nicht zum Etat des Reichsministeriums des Innern, auch das Siedlungswesen im Reich sei keine Angelegenheit seines Ministeriums. Er habe die Angelegenheit hier nicht zur Sprache gebracht, sondern nur einem Vorwurf des Abg. Dr. Rosenfeld (U. S. P. D.) geantwortet, der dem Minister vorgeworfen hatte, daß er (der Minister) falsche Nachrichten über die Siedlungsfrage verbreitet habe. Dabei habe er nur erklärt, daß es sein gutes Recht als Abgeordneter sei, sich so zu äußern, wie er es getan habe. Eine solche Auseinandersetzung über die Rede eines Ministers in Volksversammlungen sei in hohem Maße unüblich. Die Etatsberatungen preußischer Ressorts würden sich recht mannigfaltig gestalten, wenn alle Kritik, die preußische Minister gelegentlich im Volksversammlungen an den Reichsressorts übten, dort behandelt werden würden. Redner habe über die Aufgaben des Siedlungswesens eine ganz andere wirtschaftspolitische Anschauung als der preußische Ministerpräsident, und er könne nicht zufrieden sein mit dem, was Braun von seinem Marxistischen Standpunkte aus tue, hier klasse ein Unterschied zwischen ihnen beiden. Redner verstehe nicht, wie Ministerpräsident Braun so empfindlich sein könne, wenn er seine individualistische Anschauung der Marxistischen Auffassung Brauns gegenüberstelle.

Das müsse ertragen werden, gehöre aber nicht in die Besprechung des Etats des Reichsministeriums des Innern. Wenn hier gesagt sei, die Reichswehr habe Gelände für Siedlungszwecke nicht abgegeben und der Reichsschatzminister verweigere Materialien, so könne er (Koch) erklären, daß die Angelegenheit im jetzigen Reichskabinett von Braun nicht zur Sprache gebracht worden sei. Es wäre eine leichte Sache gewesen, dies zu tun, und es käme doch vor, daß sich die preußische Regierung häufig beschwerdeführend ans Reich wende. Redner habe für seine Person immer gedrängt, daß dem Siedlungsgedanken vom Reichs wegen Rechnung getragen werde. Daß das Reich die Aufgabe habe, die Mittel für die Siedlungen herzugeben, könne nicht ohne weiteres anerkannt werden. Die Steuerreform sei mit Zustimmung der preußischen Regierung und der Partei des Ministerpräsidenten Braun zustandegekommen, es sei aber nicht festgelegt, daß wegen der Steuerreform die Siedlungsausgaben ohne weiteres auf das Reich überzugehen hätten. So einfach wie der preußische Ministerpräsident könne man sich die Sache nicht vorstellen, daß dem Reiche die Notenpresse zur Verfügung stehe und deshalb nun alles gemacht werden könne, was die Einzelstaaten nicht leisten könnten. Der Reichsminister behielt sich im übrigen vor, sich bei passender Gelegenheit zur Sache selbst ausführlich zu äußern, aber nicht jetzt hier bei seinem Etat.

D. Mumm (Deutschnat.): Es handelt sich einmal um die Frage, ob die Siedlung vom preußischen Landwirtschaftsminister genügend gefördert oder sabotiert werde. Er halte letztere Auffassung aufrecht, habe sie brieflich eingehend gegenüber dem preußischen Landwirtschaftsminister begründet. Aber das trete weit zurück gegenüber dem schreienden Widerspruch, der sich hier wieder einmal zwischen Reichsregierung und preußischem Ministerpräsidenten auftue. Diese Frage müsse zunächst der Klärung zugeführt werden.

Dr. Rosenfeld (U. S. P.) vermißt das Eingehen des Reichsministers Koch auf den Brief aus dem Reichsarbeitsministerium.

Preußischer Ministerpräsident Braun hält es für seine Pflicht, seine Beamten gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, daß sie das Siedlungsgesetz sabotierten. Die Vorwürfe treffen in keiner Weise zu. Auch das Gesetz über die Domänenverwaltung sei kein Beweis dafür, daß der Minister oder seine Beamten sich nicht loyal der Siedlungstätigkeit gegenüberständen. Wenn er als preußischer Minister erwähnt habe, daß die Reichsstellen nicht das tun, was sie in dieser Frage hätten tun können, so sage er das nicht, um Angriffe zu eröffnen, sondern deshalb, weil er sich in der Abwehr gegen falsche Vorwürfe befinde.

Ihm sei es jedenfalls nicht angenehm, wenn Differenzen zwischen Reichsregierung und preußischer Regierung bestehen und öffentlich in die Erscheinung treten. Aber zu der Art, wie jetzt einzelne Reichsressorts unterirdisch gegen die preußische Regierung arbeiteten, müsse er als preußischer Ministerpräsident offen erklären, daß diese Methode nicht dazu diene, ein Zusammenwirken der beiden Behördenapparate zu erleichtern.

Reichsminister Koch: Den Brief aus dem Reichsarbeitsministerium kenne ich natürlich nicht, ich nehme an, daß Ministerpräsident Braun ihn auf seine Authentizität hin geprüft hat. Die sachlichen Auseinandersetzungen hier fortzuführen, sehe ich keine Möglichkeit ein. Meine Auffassung hatte ich aufrecht. Es ist mein Recht, in Volksversammlungen zu derartigen Angelegenheiten Stellung zu nehmen. Darüber solle man sich in einem demokratischen Staatswesen einig sein, daß einem Minister nicht verboten werden könne, sich auszusprechen über die auftauchenden politischen Fragen. Jedenfalls habe er nur vom Rechte freier Meinungsäußerung und sachlicher Kritik in einer Volksversammlung Gebrauch gemacht. Er sei aber bereit, mit Ministerpräsident Braun einen Pakt zu schließen, daß sie beide Besprechungen der gegenseitigen strittigen Reichs- und preußischen Fragen in Volksversammlungen vermeiden wollten. Er glaube, Braun werde dabei nicht gut abschließen. Was dem Landwirtschaftsminister Braun im Falle Hermes vom Reichskanzler vorgehalten worden sei, wäre etwas ganz anderes. Damals war es, daß er über Angelegenheiten des Reiches, die er als Landwirtschaftsminister bearbeitet habe, als Abgeordneter im Reichstage zur Sprache gebracht hat.

Bauer (So.) bedauert, daß es im Hauptausschuß zu dieser Debatte gekommen sei. Das sei aber Schuld des Reichsministers Koch, der gestern auf die Anfrage des Abg. Dr. Rosenfeld sachlich antwortete, anstatt sich auf den Standpunkt zu stellen, daß er es ablehnen müsse, über Wahlreden, die er im Lande halte, Rechenschaft in diesem Ausschusse abzulegen.

Der Aeltestenausschuß der Landesversammlung beschloß, am Donnerstag eine Doppelsitzung anzusetzen, die erste Plenarsitzung soll bis um 6 Uhr anhalten. Nach einstündiger Pause soll dann um 7 Uhr eine Abendsitzung folgen. Am Freitag will man unter allen Umständen Schluß machen. Die Frage, ob die Landesversammlung dann aufgelöst wird, oder bis zum Zusammentritt des neuen Landtages als vertagt zu gelten hat, soll noch geklärt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192101131-14/fragment/page=0001

sein würden, die Handlungsfreiheit der amerikanischen Politik einzuschränken. Man muß sich wundern, mit welcher Geschicklichkeit, vor allem mit welcher Zurückhaltung England die Dinge bei der Genfer Völkerbundsversammlung treiben ließ, wie sie gehen wollten, und es wird den Engländern in Amerika ganz besonders hoch angerechnet, daß sie in bezug auf die Blockadefrage, die als eine Waffe für die Durchsetzung der Idee des Völkerbundes gedacht war, nicht allzu scharfmacherisch vorgegangen ist. Die Verständigung zwischen England und Amerika ist im Wachsen begriffen, und es wäre daher vollkommen falsch, wenn man in Deutschland annehmen würde, der Austritt Amerikas würde sich gegen England oder Frankreich wenden oder gar die Stellung Deutschlands in der internationalen Politik in hervorragendem Maße richten. Europa steht unter dem Eindruck dieser Ereignisse nunmehr auf einem etwas gefestigteren Standpunkt, denn die Klärung ist jetzt selbst von Amerika herbeigeführt worden, und es ist sehr fraglich, ob die amerikanische Politik jemals darauf gerichtet sein würde, den Einfluß der Alliierten in Europa herabzumindern.

Das Hebammengesetz angenommen

Preußenparlament

w. **Berlin**, 12. Januar.

Das Haus ist gut besucht, wogegen die Tribünen gegen gestern bei Sitzungsbeginn noch große Lücken aufweisen. Bei Beginn der namentlichen Abstimmung über Paragraph 8 des Gesetzes, betreffend Bereitstellung von Staatsmitteln zur Selbstbewirtschaftung von Domänen, die gestern die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergab, weigern sich heute wieder die Mitglieder der Rechten und des Zentrums, ihre Abstimmungskarten abzugeben, infolgedessen der Präsident um 11 Uhr 54 Minuten die nächste Sitzung auf 11 Uhr 55 Min. anberaumt.

Zu Beginn der neuen Sitzung wird eine Reihe kleinerer Vorlagen debattelos genehmigt. Die Vorlage über die Bewilligung von 50 Millionen Mark zur Förderung des Baues von Kleinbahnen und Darlehnsgewährung an notleidende Kleinbahnen wird dem Gemeindeausschuß überwiesen. Beim 3. Nachtragsetat betreffend die Schutzpolizei, bemängelt der Abg. Ludwig (U. S.) die große Zahl der Offiziere. Er sieht darin eine Bedrohung der Ruhe des Volkes und bezeichnet die Sipo als Reichswehr zweiten Aufgebots.

Abg. **Adolf Hoffmann** (Komm.) nennt es einen Skandal, daß die Schutzpolizei, die den ganzen Tag nichts tue, das doppelte Brotquantum erhalten soll als Schwerarbeiter.

Der Nachtragsetat wird dem Hauptausschuß überwiesen, desgleichen der Gesetzentwurf über den Bau elektrischer Anlagen zwischen Braunschweig und Hannover.

In der Weiterberatung der Vorlage betreffend das Hebammenwesen meint Abg. **Schloßmann** (Dem.), es handelt sich hier um die Lösung eines sozialen Problems und nicht um Parteipolitik, daher sei es auch dem Ausschuß gelungen, gewissermaßen eine Einheitsfront zu bilden. Redner schildert die langwierigen Vorberatungen im Ausschuß, die sich auch auf die Anpassung zu der Reichsversicherungsordnung erstrecken mußten. Zu verkennen sei nicht, daß das Gesetz den städtischen Hebammen eine gewisse Verschlechterung bringe. Vollkommen unrichtig sei es aber, von einer Sozialisierung des Hebammen- und des ganzen Gesundheitswesens, sowie von einer lex Schloßmann zu sprechen. Alle Parteien hätten mitgearbeitet, gestützt von den Organisationen der preußischen und deutschen Hebammen. Die Organisation der Aerzte widersetzt sich gänzlich einer solchen Sozialisierung des Heilwesens. Das Gesetz stellt aber einen wesentlichen Fortschritt dar.

Frau Abg. **Hirschberger** (Ztr.): Wir wollen mit unserem Antrag auf nochmalige Ausschußberatung eine Verständigung herbeiführen. Im letzten Augenblick erübrigte sich dieser Antrag und er wurde nur infolge eines bedauerlichen Mißverständnisses eingebracht. Die Folge des Gesetzes werde eine große Enttäuschung sein. Frauenorganisationen und gesetzliche Organisationen protestieren gegen die Vorlage, weil sie die freie Wahl der Hebammen beschränkt. Die Vorlage bedeutet einen unerhörten Zwang für die Frau. Selbstverständlich dürfen die Verwaltungskosten nicht etwa durch die Gebühren gedeckt werden. Rednerin bespricht sodann die einzelnen Gesetzesparagraphen, um den Zuhörerinnen auf den Tribünen einmal wirklich klarzumachen, was im Gesetz steht.

Abg. **Dallmer** (Deutschnat.): Der Ausschuß habe so gründliche Arbeit getan, daß von der Regierungsvorlage so gut wie gar nichts stehen geblieben sei. Redner fragt, ob es sozial sei, ein Gesetz zu machen, durch das alle diejenigen, die gewohnt gewesen waren, die Hebammendienste zu bezahlen, diese Hilfe auf Staatskosten erhalten sollen.

Abg. **Pöhlmann** (D. Vpt.): Wir haben dem Gesetz zugestimmt, ohne die Fraktion festzulegen. Das Gesetz ist eine Mißgeburt, die ohne Hebammenhilfe zur Welt gekommen ist. (Heiterkeit.) Ein Durchpeitschen des Gesetzes machen wir nicht mit. Die Ansichten der Hebammen über das Gesetz sind geteilt. Die Gegnerschaft gegen das Gesetz wächst ständig, namentlich ist auch die Aerzteschaft dagegen. Die freie Wahl müsse gewährleistet werden. Das beste wäre nochmalige Beratung im Bevölkerungsausschuß, es sei denn, daß unsere Anträge angenommen werden.

Minister **Stegerwald**: Hätte man an der Regierungsvorlage festgehalten, so wäre das Gesetz schon längst unter Dach und Fach. Die Schwierigkeiten sind erst in den Ausschußverhandlungen in das Gesetz hineingebracht worden. Bei Annahme der Regierungsvorlage hätte auch die Deckungsfrage keine Sorgen gemacht. Der Minister schloß mit der Bitte eine Einigung herbeizuführen, damit das Gesetz noch vor Schluß der Tagung verabschiedet werden könne.

Abg. Dr. **Weyl** (U. S.) protestiert gegen die Auslegung, als ob die Parteien an der Verschleppung der Verabschiedung der Vorlage schuld trügen. Die Geheimräte des Wohlfahrtsministeriums hätten durch ihre passive Resistenz bewußt oder unbewußt das Zustandekommen des Entwurfs im Ausschuß sabotiert. Als Redner betont, wer die Hebammen für sich habe, habe die ganze Welt hinter sich, brachen die Tribünenbesucher in Beifallskundgebungen aus, worauf Präsident Leinert im Wiederholungsfalle mit der Räumung der Tribünen droht. Der Entwurf sei gewissermaßen kein Ideal, aber es handle sich hier um eine Abschlagszahlung. Wollen wir aber die Nöte der Mütter und Hebammen heben, mit diesem Gesetz kann der Anfang dazu gemacht werden. Die alten Hebammen dürfen nicht länger Kostgänger der Armenverwaltung sein.

Geheimrat **Krone** weist den Vorwurf als hätten die Regierungsvertreter den Entwurf sabotiert, entschieden zurück. In dieser Form ist das Gesetz nicht durchführbar. Nach dem Regierungsentwurf wären die Hebammen mit Teuerungszuschlägen und Gebühren für Säuglingspflege besser gestellt gewesen als nach dem jetzigen Entwurf. Die Medizinalverwaltung wird sich nicht abhalten lassen, ihren Weg weiter zu gehen.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Aussprache angenommen.

Nachdem Abg. Dr. **Weyl** gegen die Anrempelungen des Geheimrats Krone Protest eingelegt hat, erhält Abg. Dr. **Schloßmann** das Schlußwort. Seine Polemik gegen die Rechte ruft lebhafte Zwischenrufe hervor.

Paragraph 1 wird sodann gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Ebenfalls zur Annahme gelangen die Paragraphen 2 bis 4. Bei Paragraph 5 wird ein Zentrumsantrag angenommen, der die Wiedereinsetzung der Kreise, aber Beibehaltung der Ausschußfassung beantragt. Auch bei den übrigen Paragraphen gelangen die Zentrumsanträge meist zur Annahme, desgleichen einzelne Anträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, soweit das nicht der Fall ist, bleibt die Ausschußfassung bestehen.

Bei Paragraph 15 bezeichnet es Abg. Stendel (D. Vpt.) als höchst unsozial, den Bezirkshebammen wegen geringer Verfehlungen den Ruhegehalt zu nehmen. — Der Rest des Gesetzes wird angenommen.

Sodann wird noch in zweiter und dritter Lesung erledigt: Der Entwurf eines Gesetzes über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Entwurf betreffend Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen wird abgelehnt. Angenommen wird in zweiter und dritter Lesung der Gesetzentwurf betreffend staatliche Förderung der Königsberger Hafenanlagen.

Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 11 Uhr. Kleinere Vorlagen, darunter Stempelsteuernotgesetz, Oder-Regulierung, sowie Rest der heutigen Tagesordnung. (Schluß 8¼ Uhr.)

Die Kohlenkatastrophe der Eisenbahn

Die Folge von Spa.

w. **Berlin**, 12. Januar.

Mit dem Beginn der Ausführung des Spaabkommens hat der Eisenbahnverwaltung nicht mehr eine dem täglichen Verbrauch entsprechende Kohlenmenge zugeteilt werden können. Vor allem waren auch die für eine wirtschaftliche Lokomotivführung notwendigen Kohlensorten nicht in ausreichender Menge vorhanden, da gerade sie von der Entente verlangt werden. Die Kohlenvorräte der Reichseisenbahnen sind infolgedessen ständig und in letzter Zeit besonders stark zurückgegangen. Zurzeit sind fast überall nur noch Vorräte für weniger als zehn Tage vorhanden. Damit nähert sich die Lage dem Gefahrpunkt, daß der Betrieb aus Mangel an Dienstkohle nicht mehr in vollem Umfange durchgeführt werden kann. Die Möglichkeit, daß der Personenverkehr eingeschränkt werden muß, um den notwendigen Güterverkehr sicher zu stellen, ist nicht ausgeschlossen.

Im Gegensatz zu der Meldung von einer Einschränkung des deutschen Eisenbahnverkehrs hört die „National-zeitung" von gut unterrichteter Seite, daß die Gefahr einer bevorstehenden Einschränkung im Eisenbahnverkehr vorläufig noch nicht zu befürchten sei. Es sind danach Verhandlungen im Gange, um eine Neuauffüllung der Kohlenmagazine der Eisenbahnen durchzuführen. Gegenwärtig besäßen allerdings einzelne Magazine nicht einmal Vorräte für 10 Tage und müssen deshalb vor anderen Magazinen mit Vorräten bedacht werden. Besonders mangle es an Qualitätskohle. Das Reichskohlenkommissariat habe bereits alle Maßnahmen ergriffen, um die Reservevorräte der Eisenbahnen wieder so zu erhöhen, daß sie für mindestens 15 Tage reichen.

Rücktritt des Schweriner Ministeriums

w. **Schwerin**, 12. Januar.

Das Staatsministerium unter Führung des Volksparteiler Professor Dr. Reinicke-Bloch erklärte heute im Landtage nach 1½monatlicher Amtsdauer seinen Rücktritt.

Anlaß zu diesem Rücktritt hat ein Mißtrauensvotum der Linksmehrheit gegeben wegen der Erklärungen des Justizministers zu der sozialdemokratischen Interpellation über die Freisprechung von drei früheren Zeitfreiwilligen durch das Schwurgericht, die der Beihilfe zum Morde an dem Gutsbesitzer Jahnke während der Märzunruhen angeklagt waren. Die Regierung erklärte sich mit dem Justizminister solidarisch. Der Ministerpräsident antwortete auf die Angriffe der Linken u. a., nur völlige Unkenntnis könne zu den Beschuldigungen gegen den Justizminister Anlaß gegeben haben, er betonte aufs energischste dessen tadellose Haltung.

Die Konferenz der Finanzminister

b. **Berlin**, 12. Januar.

Heute vormittag hat im Reichsfinanzministerium die Konferenz der Finanzminister der Länder begonnen, um zu den schwebenden Fragen Stellung zu nehmen. Die Beratungen, die streng vertraulichen Charakter tragen, beziehen sich besonders auf die Beschaffung neuer Mittel zur Beseitigung der bereits bestehenden Fehlbeträge im Reichshaushalt und mit der Deckungsfrage der durch die Erhöhung der Beamtenteuerungszuschläge bedingten Mittel. Die Beratungen gestalten sich besonders deshalb schwierig, weil gegenwärtig noch an der Einreihung der kleinen Städte in das Ortsklassensystem gearbeitet wird. Diese Arbeit dürfte noch mehrere Tage in Anspruch nehmen und ist notwendig, um den genauen Betrag der notwendigen Mehrbewilligungen an die Beamten festzustellen.

Das Befinden der Kaiserin

w. **Haag**, 12. Januar.

Der Kronprinz ist heute nach Doorn abgereist, um seine kranke Mutter zu besuchen, deren Gesundheitszustand noch immer äußerst besorgniserregend ist. Aus Haus Doorn wird folgender Bericht über das Befinden der deutschen Kaiserin vom 11. Januar ausgegeben: Das körperliche Widerstandsvermögen vermindert sich langsam, aber stetig. Die Zunahme der Blutstauungen führt zur stärkeren Benommenheit. Der Zustand ist als sehr ernst zu betrachten.

Deutschenausweisungen aus Oberschlesien

h. **Gleiwitz**, 12. Januar.

Eine große Anzahl deutschgesinnter Personen haben folgendes Schreiben erhalten:

Kontrollkommission polnisches Plebiszit O. S. A. K. 2.

Infolge Ihrer politischen Stellungnahme in der oberschlesischen Frage sind Sie unabänderlich in der Ausweisungsliste eingetragen worden. Da heute ein Zweifel über die bevorstehende Staatszugehörigkeit Oberschlesiens nicht mehr bestehen kann, werden Sie Oberschlesien alsbald zu verlassen haben und bei evtl. Nichtbefolgung die Folgen zu tragen haben.

Unterschrieben ist diese Anordnung von dem Ausführungskommissar.

Auch aus dem Kreise Pleß liegen ähnliche Nachrichten vor. Seit etwa 14 Tagen erhalten in der Stadt und im Kreise Pleß zahlreiche Leute, die für die deutsche Sache eintreten, Drohbriefe, in denen ihnen schärfste Schädigungen angedroht werden, falls sie ihre Propaganda für Deutschland nicht einstellen.

Streikverbot im besetzten Gebiet. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Mannheim: Die Unterkommission Ludwigshafen der interalliierten Kommission hat unter Ablehnung jeglichen Schiedsspruches ein Streikverbot für Eisenbahner im besetzten Gebiet erlassen.

Das deutsche Konsulat in Genua hat die Geschäfte wieder aufgenommen.

Die Erbin von Lohberg

44] Roman von E. v. Adlersfeld-Ballestrem.

(Nachdruck verboten.)

Gewohnt, nichts unbeachtet zu lassen, unterzog Windmüller mit seiner scharfen Lupe den kleinen, knapp einen Zentimeter an jeder seiner vier Seiten messenden, rautenförmigen Siegelabdruck einer näheren Betrachtung, deren Resultat ihn nicht wenig erstaunen machte; denn die in den oberen spitzen Winkel über dem Schilde eingeschliffene Krone war eine Königskrone, und der darunter befindliche Herzschild, in 4 Felder geteilt und gespalten, zeigte im ersten und vierten Felde, gleichfalls viermal quadriert, abwechselnd drei Lilien und drei übereinander gestellte Leoparden, im zweiten Feld in einem mit Lilien besteckten Schildrande einen aufgerichteten Löwen, und im dritten Felde eine sogenannte Davidsharfe. In die spitzen Winkel rechts und links des Schildes aber waren die Buchstaben M. und R. eingraviert, und zwar war das Ganze auf seiner Miniaturfläche ein Meisterwerk der Steinschneidekunst, denn zum Beispiel die dem bloßen Auge nur wie zwei Punkte scheinenden, viermal wiederkehrenden, zwei zu eines gestellten Lilien waren als solche durch die Lupe klar zu erkennen.

„Das Privatsiegel der Maria Stuart!" murmelte Windmüller nach einer sorgfältigen Betrachtung mit einem Erstaunen, das sich aber sehr bald in unverhohlene Belustigung auflöste. „Diese reizende Erbin von Lohberg siegelt ausgerechnet mit dem Privatsiegel der Maria Stuart, — eine Entdeckung, die mir versagt gewesen wäre, wenn ich in meinem Berufe nicht auch ein wenig Heraldiker sein müßte, und wenn diese Hilfswissenschaft der Geschichte mich nicht dermaßen interessiert hätte, daß es mich verlockte, mir eine Sammlung historischer Siegelabdrücke anzulegen. Wo mag sie das Petschaft, oder den Siegelring, der es der Größe nach eher sein könnte, herhaben? Wahrscheinlich aus der Sammlung ihres Großvaters, die ja ein ganzes Kästchen voll Siegelringe enthält. Sie muß sich diesen besonders hübsch für eine Frauenhand gearbeiteten daraus gewählt haben, in glänzender Unwissenheit seines Ursprunges. Ein Wappen und eine Krone darüber, das genügt. Nicht nur ihr, sondern vielen anderen auch, die keine blasse Ahnung davon haben, wie ihre eigenen Familienwappen beschaffen sind. Daß es eine Königskrone ist, die dieses hier begleitet, ist ihr wahrscheinlich überhaupt nicht zum Bewußtsein gekommen. Ich kenne jemand, — eine Dame natürlich, — die sich ihre Schnupftücher mit einer — Kaiserkrone sticken ließ, weil diese „so hübsch aussieht". Die beiden Buchstaben M. und R. — „Maria Regina" bedeutend, hat die schöne Leonore vermutlich überhaupt nicht beachtet, oder sie haben ihr ebenso wenig gesagt wie die alliierten Wappenschilder von England und Frankreich, der Löwe von Schottland im Lilienbesteckten Bord und die Harfe von Irland. Ein Wappen mit Krone darüber — Punktum! Und dieses Siegel hier ist bestimmt keine Nachahmung, sondern ein Original, das der selige Großvater Lohberg sicher mit schwerem Gelde bezahlt hat. Ich brenne darauf, es zu sehen, aber ich werde mir meine Sammlerwißbegier verkneifen müssen, um die Gräfin durch eine Frage danach nicht erst auf den Gedanken zu bringen, daß ich ihren Brief so genau, wenn auch nur von außen, betrachtet habe — — — Heben wirs also bis morgen sehr sorgfältig auf, damit die schönen Siegel, die ich meiner eigenen Sammlung einzuverleiben gedenke, nicht beschädigt werden; denn gerade dieses Siegel, das Privatsiegel der Maria Stuart, fehlte mir lange schon. Habs immer vergessen, mir gelegentlich einer meiner Reisen nach England einen Abdruck von dem im Nationalmuseum befindlichen Siegelringe der unglücklichen Königin zu erbitten, dessen Stein, wie ich mich jetzt erinnere, auch die Rautenform hat. Hätte Graf Lohberg, dieser fleißige Sammler, nur ein Verzeichnis seiner Schätze hinterlassen, dann könnte man doch wenigstens erfahren, woher er den Ring hat. Vielleicht hat er doch solch Verzeichnis geführt, was das liebe, kleine Mädel, Fritz Volkwitz, möglicherweise kennt; denn sie weiß in der Sammlung des alten Herrn viel besser Bescheid, wie seine Enkelin. — was mich von diesem Ausflug ins Heraldische wieder auf den festen, vielmehr noch recht unsicheren Boden meiner Aufgabe bringt."

Nachdem Windmüller den Brief, der Siegel wegen, sorgfältig in Papier eingeschlagen, wieder verwahrt hatte, machte er sich, die Stunden dieses Tages genau rekapitulierend, kurze Notizen von den „losen Steinchen", aus denen er hoffte, das Mosaikbild des „Falles Lohberg" zusammenzustellen, und war damit kaum fertig, als es an seine Tür klopfte, und Herr von Ellbach bei ihm eintrat.

„Ich komme, Ihnen den bewußten Brief an Ihren Vetter zu bringen", sagte er ohne Umschweife, das Schreiben aus der Brusttasche ziehend. „Ich habe ihn, Ihrem ausdrücklichen Wunsche entsprechend, versiegelt. Sollte Ihr Vetter sich wider Erwarten nicht mehr in London befinden —"

„Dann werden seine Briefe ihm sicher nachgesandt", vollendete Windmüller. „Er pflegt darüber ganz genaue Bestimmungen zu hinterlassen. Daß Ihr Brief ihn sicher erreicht, darüber dürfen Sie außer Sorge sein."

„Ich hoffe aber sehr, daß er noch in London ist; denn, wie ich Ihnen schon andeutete, würde eine besondere Reise Ihres Vetters mein Budget empfindlich belasten", versetzte Ellbach. „Indes, da die Sache von der größten Wichtigkeit für mich ist, müßte das eben getragen werden — — je eher der Brief aber abgeht, um so größer dürfte die Aussicht sein, Ihren Vetter noch zu erreichen."

„Ich werde ihn heute noch adressieren und morgen bei meiner Ankunft in Berlin dort gleich zur Post bringen", versicherte Windmüller.

„Was seine Ankunft um fast vierundzwanzig Stunden verzögern würde, Herr Professor. Ich habe vor, nach dem Tee in die Stadt zu fahren, wo ich einiges zu besorgen habe. Wenn Sie Lust hätten, mich zu begleiten, dann könnten Sie den Brief dort aufgeben, und er ginge mit dem Abendzuge noch ab. Verzeihen Sie meine Dringlichkeit, aber ich möchte wirklich die Möglichkeit der Anwesenheit Ihres Vetters in England nicht verscherzen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192101131-14/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 13. Januar.

Die Wahlen zum Provinzial-Landtag

Unterm 8. Dezember 1920 ist von der Landesversammlung ein Gesetz über die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen verabschiedet worden. Danach werden diese Körperschaften künftig in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Der Wahltag muß ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein; er wird durch die Staatsregierung bestimmt. Voraussichtlich wird der 20. Februar d. J. als Großwahltag bestimmt werden. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche männlichen oder weiblichen Geschlechts, der am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet hat und in der Provinz Sachsen seinen Wohnsitz hat. Wählen kann nur, wer in einer Wählerliste oder Wahlkartei eingetragen ist. Das Wahlrecht ruht für die Soldaten, nicht aber für die Militärbeamten, während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte nach Vollendung des 25. Lebensjahres. Der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen hat sich in einer Sitzung am 11. d. M. mit den Vorbereitungen für die Wahlen zum Provinziallandtage beschäftigt und in Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen folgende Beschlüsse gefaßt.

Die von den Gemeindevorständen aufzustellende Wählerliste der wahlberechtigten Personen hat vom 23. Januar b. J. ab mindestens 8 Tage lang öffentlich auszuliegen. Einsprüche können bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindebehörde angebracht werden. Wahlscheine werden für die Provinziallandtagswahl nicht ausgegeben. Die Zahl der Provinzial-Landtagsabgeordneten richtet sich nach der Einwohnerzahl, und zwar entfällt in jeder Provinz innerhalb der 1. und 2. Million Einwohner ein Abgeordneter, auf eine Vollzahl von je 25 000 Einwohnern, innerhalb der 3. Million Einwohner ein Abgeordneter auf je 35 000 Einwohner, innerhalb der 4. Million ein Abgeordneter auf je 50 000 Einwohner. Da die Provinz Sachsen nach der letzten Volkszählung von 1919 3 112 525 Einwohner hat, so sind im ganzen 110 Abgeordnete zu wählen. Früher betrug die Gesamtzahl der Abgeordneten der Provinz Sachsen 139. Die Zahl der zu wählenden Abgeordneten ist durch den Provinzialausschuß auf die Regierungsbezirke der Provinz nach Maßgabe der Einwohnerzahl gleichmäßig verteilt worden. Danach entfallen von den 110 Abgeordneten auf den Regierungsbezirk Magdeburg bei 1 239 360 Einwohner 44 Abgeordnete, Merseburg bei 1 830 409 Einwohner 47 Abgeordnete und Erfurt bei 542 706 Einwohner 19 Abgeordnete. Hiernach kommt ein Abgeordneter im Regierungsbezirk Magdeburg auf 28 167 Einwohner, in Merseburg auf 28 306 Einwohner, in Erfurt auf 28 563 Einwohner. Wahlkreise sind die Land- und Stadtkreise. Solche Kreise, deren Einwohnerzahl geringer ist, als die obigen Durchschnittszahlen für einen Abgeordneten, sind mit einem benachbarten Land- oder Stadtkreise zu einem Wahlkreise zu vereinigen. Hiernach sind vereinigt worden im Regierungsbezirk Magdeburg die Stadtkreise Aschersleben und Quedlinburg mit dem Landkreise Quedlinburg, im Regierungsbezirk Merseburg der Stadtkreis Eisleben mit dem Mansfelder Seekreis, der Landkreis Naumburg mit dem Stadtkreis Naumburg, im Regierungsbezirk Erfurt der Landkreis Erfurt mit dem Landkreise Weißensee und endlich der Kreis Zeigenrück mit dem Kreise Schleusingen. Für jeden Wahlkreis ist ein Wahlkommissar zu ernennen. Der Provinzialausschuß hat hierzu die Landräte bezw. Oberbürgermeister bestimmt. Die Wahlergebnisse sind von den Gemeindevorständen möglichst bald dem Wahlkommissar mitzuteilen und von diesem an den Provinzial-Wahlleiter, dem Landeshauptmann in Merseburg, weitergegeben. Die Wahlvorschläge sind in jedem einzelnen Wahlkreise aufzustellen und müssen 15 Unterschriften von im Wahlkreise wahlberechtigten Personen tragen, und sollen ein Kennwort enthalten, das auch der Name einer Partei sein kann. Die Wahlvorschläge sind spätestens am 6. Februar dieses Jahres beim Wahlkommissar des Wahlkreises einzureichen. Eine Verbindung der Wahlvorschläge findet nicht statt. Die Provinziallandtagsabgeordneten werden auf 4—5 Jahre gewählt. Scheidet ein Abgeordneter während der Dauer seiner Wahlzeit aus, so tritt an seine Stelle der Bewerber, der demselben Wahlvorschlag angehört und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl hinter dem Gewählten an erster Stelle berufen ist. Ist ein solcher Bewerber nicht vorhanden, so bleibt die Stelle unbesetzt. Für die Wahl zu den Kreistagen gelten dieselben Bestimmungen wie für die Provinziallandtage. In Kreisen, die bis zu 30 000 Einwohner haben, sind 20 Mitglieder zu wählen, in Kreisen von 30 000 bis 50 000 Einwohnern tritt für je 5000 ein Mitglied, und in Kreisen mit mehr als 50 000 Einwohnern für jede über die letztere Zahl überschiessende Vollzahl von 10 000 Einwohnern ein weiteres Mitglied hinzu. Die neugewählten Provinziallandtage und Kreistage sind binnen 30 Tagen nach der Wahl zusammen zu berufen.

Liederabend Krönert-Forest

So viel der Liederabende veranstaltet werden: ein Name, der Franz Schuberts, ziert sie gewöhnlich alle. Es ist aber auch erstaunlich, welche musikalische Empfindungswerte der bescheidene Wiener Schulgehilfe der Welt hinterlassen hat. Schubert hat so zusagen das deutsche Lied aus dem Nichts geschaffen und es zugleich auf die Höhen der Vollendung geführt. Was vor ihm da war, rechnet kaum; was nach ihm kam, knüpft an sein Werk an. Und dieses Werk ist so vielseitig und in seinem unerschöpflichen Reichtum so mannigfaltig, daß jede der neuern Stilgattungen eigentlich Recht hat, wenn sie ihren Ursprung auf ihn zurückleitet. Tatsächlich gehen auch von Schubert alle Entwicklungslinien der modernen Liedertomposition aus. In der Liederreihe, die gestern Elisabeth Krönert und Alfred Forest für ihr Konzert im Saale der Loge zu den fünf Türmen vorgesetzen hatten, prangte ebenfalls der Name Franz Schubert obenan. „Suleika", „Nacht und Träume", „Das Rosenband" und „Gretchen am Spinnrade" umschlossen ein vielstimmiges Gewebe Empfindungsleben. Es dem Hörer zu vermitteln, gelückte Elisabeth Krönert nicht gleichmäßig gut. Musikalische Anlagen und Stimme sind da, aber vielleicht könnten sie noch mehr durchgebildet werden. Der Sopran der Künstlerin müßte zur Höhe hin nach Fülle und Rundung streben, sowie Festigkeit im Ton und unbedingte Zuverlässigkeit in der Reinheit erwerben. Erfreulicherweise gestaltete Elisabeth Krönert die Lieder von Brahms — „Liebestreu", „Immer leiser wird mein Schlummer", „Ständchen" meist ansprechender. — Alfred Forest war gestern nicht so glücklich aufgelegt wie bei frühern Gelegenheiten. Seine Stimme klang nicht frei und locker genug; sein Vortrag überreich die Ausbeutung von Wort und Weise bis zur Manier. Es geht doch nicht an, auf jeder harmlosen Wendung ein erschütterndes dramatisches Ereignis zu machen und dabei willkürlich mit den Zeitmaßen umzuspringen. Man wird also des Künstlers Bemühen um eine in die Tiefe dringende Auffassung lobend anerkennen können, ohne gerade von den Ergebnissen in „Liebesbotschaft" und „Leiermann" zu sehr befriedigt zu sein.

In Ludwig Kraus hatten beide Sänger eine nur schwache Stütze. Anfängertum, musikalische Schüchternheit und Neigung zum Schleppen waren die Eigenschaften, die seiner Begleitung vorläufig noch anhafteten. Prof. Dr. M. Kaiser.

— Eine Erhöhung der Lustbarkeitssteuer und die Einführung einer Kartensteuer für Pferderennen plant der Magistrat der Stadt Halle — wolf aus der Einäugung heraus, daß die neuen Steuervorlagen betr. Hausangestellten-, Fremden- und Schankkonzessionssteuer, die unsere Stadtverordneten in der nächsten Sitzung beschäftigen werden, nicht restlos zur Annahme gelangen werden. Von der Lustbarkeitssteuer werden die größeren, d. h. die über 400 Sitzplätze fassenden Lichtspielhäuser betroffen werden; durch eine prozentuale Erhöhung der Zuschläge erhofft man eine Mehreinnahme von mindestens 300 000 Mark jährlich. Des weiteren soll eine Kartensteuer für Pferderennen eingeführt werden, aus der man rund 200 000 Mark erwartet. Wir werden über die Vorlagen zur gegebenen Zeit noch ausführlich berichten.

Stenographie wahlfreies Unterrichtsfach

Das preußische Unterrichtsministerium hat nachstehende Verfügung den Provinzialschulkollegien zugehen lassen:

„Die Bedeutung der Kurzschrift für das praktische Leben wird heutzutage von niemand mehr bestritten. In einigen der deutschen Länder ist sie seit vielen Jahren Pflichtfach. Ob und in welchem Umfange die Kurzschrift in den in Vorbereitung befindlichen neuen Lehrplänen berücksichtigt werden kann, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Die Notwendigkeit aber, für eine möglichst weitgehende Verbreitung der Kurzschrift zu sorgen, ist unverkennbar.

Ich ordne daher folgendes an: In allen den Provinzialschulkollegien nachgeordneten höheren Lehranstalten für die männliche und weibliche Jugend (vgl. Ausführungsbestimmungen vom 12. Dezember 1908 zu dem Erlaß vom 15. August 1906 unter D 11 bei B Absatz 6) ist den Schülern und Schülerinnen namentlich der Mittelstufen Gelegenheit zur Teilnahme an wahlfreiem Unterricht in der Kurzschrift zu geben. Dieser ist tunlichst von einem Lehrer oder einer Lehrerin der Anstalt zu erteilen, doch habe ich auch dagegen nichts einzuwenden, daß dazu eine besondere außerhalb des Kollegiums stehende Lehrkraft herangezogen wird.

Die entstehenden Kosten sind von den Schülern (Schülerinnen), die an einem solchen Lehrgang teilnehmen, selbst aufzubringen. Anstaltsräume sind unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Ein Zwang, ein bestimmtes System zu wählen, besteht nicht, doch wird auf das in Preußen am weitesten verbreitete und sich durch leichte Erlernbarkeit und Schreibflüchtigkeit ausgezeichnende System Stolze-Schrey empfehlend hingewiesen."

— Viehhandelserlaubnis. Der Magistrat nimmt Bezug auf die am 7. ds. Mts. veröffentlichte Bekanntmachung des Oberpräsidenten zu Magdeburg vom 21. Dezember 1920 betr. Ausübung des Viehhandels und ersucht nochmals, Anträge auf Erteilung der Viehhandelserlaubnis, soweit solche nicht bereits gestellt sind, bis spätestens Montag, den 17 Januar, beim Stadternährungsamt, Marktplatz 22, Zimmer 11, einzureichen. Personen, die ihre Anträge später stellen, haben nicht auf rechtzeitige Erlaubniserteilung zu rechnen und setzen sich der Gefahr aus, nach dem 1. März 1921 ihr Gewerbe nicht weiter ausüben zu dürfen.

— Oeffentliche Reichsgründungsfeier am Sonntag, den 16. Januar, früh 11 Uhr im Wallhallatheater. Weiherede: R. Mulle-Berlin, Musik: philharm. Orchester, Vaterlb. Gesänge, Einzelgesang Hr. Bohne. Vorträge. Kranzniederlegung am Kaiserdenkmal, Aufmarsch unter Vorantritt der Musik. — Für eine würdige Kranzspende wird um Spenden gebeten an die Geschäftsstelle der „Saalezeitung".

— Im Untersuchungsamt für ansteckende Krankheiten des Hygienischen Instituts der Universität wurden insgesamt 1236 Untersuchungen für den Stadtkreis Halle vorgenommen und zwar Tuberkulose 188, Typhus 94, Ruhr 7, Diphterie 459, Gonorrhoe 7, Syphilis 415, sonstige Krankheiten 86.

— Geschäftsverlegung. Die Firma G. Vester G. m. b. H., Spedition der Staatsbahn, verlegt infolge Erweiterung ihres Betriebes ihre Spezial-Möbel-Transportabteilung, A. W. Haase, von Merseburger Straße 158 nach Delitzscher Straße 9.

Provinz Sachsen

— Teuchern, 11. Januar. (Kirchliches.) Im Jahre 1920 wurden im Kirchenkreise Teuchern I (Stadt- und Gutsbezirk Teuchern und die Landgemeinden Ruuschel, Schortau, Kössuln, Lagnitz und Kuhndorf) 240 Kinder, 131 Knaben und 109 Mädchen geboren, 130 Paare sind getraut worden. Kirchlich beerdigt wurden 111 Personen, 35 männliche und 84 weibliche über 14 Jahre und 42 Kinder, das heilige Abendmahl nahmen 594 Personen, 202 Männer und 392 Frauen. Die Kindersterblichkeit ist ganz erheblich zurückgegangen, wahrscheinlich als Folge der Säuglingspflege und bessere Ernährung. Unter den älteren Leuten dagegen war sie noch immer hoch, da machen sich die Folgen der Unterernährung bemerkbar. Die Zahl der Geburten und Eheschließungen ist wieder erheblich gestiegen.

— l. Rosian (Kr. Jerichow) 12. Januar. (In den Ruhestand getreten) ist der langjährige Pfarrer unserer Gemeinde, Superintendent Bierthaler. Der jetzt 70jährige, der als Kriegsfreiwilliger 1870 am Kriege teilnahm, wurde 1889 als Pfarrer nach Rosian berufen, welches Amt er fast 36 Jahre lang verwaltete. Er ist nun in seine Vaterstadt Köthen übergesiedelt.

— l. Aus dem Kreise Jerichow I, 12. Jan. (Zwecks Gründung einer Wirtschaftskommission für den Kreis) fand eine Zusammenkunft von Vertretern der Landwirtschaft, des Viehhandels, des Fleischergewerbes und der Verbraucher im Kreishause in Burg statt, um für Landwirtschaft und Viehhandel Angemessenheitspreise festzustellen. Zum Vorsitzenden wurde Rittergutsbesitzer Brandt-Woltersdorf ernannt.

— Neustadt a. M. (Thür.), 12. Jan. (Mit einem Drehkran abgestürzt.) Auf dem Oertelsbruch stürzte der Kranführer Johann Schnappauf mit seinem Zwei-Tonnen-Lokomotivdrehkran von der Terrasse der D-Sohle etwa 22 Meter in die Tiefe. Schnappauf hatte versucht, eine Schrämmaschine, die sonst nur in zerlegtem Zustande gehoben worden war, im ganzen aufzuziehen und hatte dadurch den Kran überlastet, so daß dieser das Gleichgewicht verlor und abstürzte. Schwer verletzt wurde Schnappauf unter den Trümmern hervorgezogen. Er wurde in die chirurgische Klinik nach Jena befördert, wo er aber verschied. Die Schrämmaschine sowohl als auch der Drehkran sind vollkommen zerstört, so daß sich ein ganz bedeutender Materialschaden ergibt.

— Neustadt a. M. (Thür.), 12. Jan. (Die Milchkanne als Sparkasse.) Bei einem Landwirt in Lutse, bei dem jeden Morgen der Milchwagen vorfährt, um die übliche Milch nach der Molkerei zu bringen, war die Kanne entzwei gegangen. Das Mädchen holte nun eine Ersatzkanne vom Boden herunter und goß die Milch hinein. In der Molkerei kamen dann beim Entleeren der Kannen — 75 000 M. in Papiergeld zum Vorschein. Der Landwirt hatte die Kanne als Sparkasse benutzt.

* Gubl, 12. Jan. (Kaum glaublich.) Die nebenamtlich tätigen Fortbildungsschullehrer hatten beim Magistrat um Verbesserung ihrer Stundenvergütung ersucht und schriftlichen Bescheid bis zum 31. Dezember verlangt. Nach Beratung innerhalb des Magistrats wurde den Herren durch mündliche Mitteilung bekannt gegeben, daß die Erhöhung von 5 auf 10 Mark je Stunde vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung bewilligt worden sei. Trotzdem traten die Herren in den Streik, angeblich, weil die schriftliche Bestätigung fehlte, die aber erst ihren vorschriftsmäßigen Instanzenweg gehen mußte und lediglich nur noch eine Formsache war.

Kleine Provinznachrichten

In Rudolstadt brachte eine Opferveranstaltung für Oberschlesien 5200 Mk. ein. * Nachdem der Schwarzburg-Rudolstädter Landtag seine letzte Session abgehalten hatte, vertagte er sich bis zur Erledigung der Vorarbeiten durch den Ausschuß. * In Gotha wurde die Begründung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten als Einheitsverband der kaufmännischen, technischen und Büroangestellten beschlossen * Das Schwurgericht in Erfurt verurteilte den 19jährigen Handlungsgehilfen H. Rohde aus Immigrat, Kr. Solingen, wegen Straßenraubes zu 4½ Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

Volkswirtschaft

Zur Lohnbewegung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau

Die Verhandlungen nach Berlin vertagt.

Halle, 12. Januar.

Die heutigen Verhandlungen unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums haben dazu geführt, daß eine paritätisch zusammengesetzte zwölfgliedrige Kommission unverzüglich im Reichswirtschaftsministerium über die Möglichkeit einer Kohlenpreiserhöhung verhandeln soll. Für den Fall einer Preiserhöhung soll anschließend über die Möglichkeit einer Lohnerhöhung verhandelt werden.

*

Das ist einem Scheitern der Verhandlungen in Halle gleichzusetzen. Was ja eigentlich zu erwarten war. Denn nach der neuerlichen Prüfung der Rentabilität der Werke war das Reichswirtschaftsministerium erneut zu dem Entschluß gekommen, daß die „Selbstkosten den Erlös auch auf den besser rentierenden größeren Werken erheblich überschritten", was der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums in Anwesenheit des Vertreters des Reichswirtschaftsministeriums gestern hier in Halle erneut erklärt hat. Die Arbeitgeber müssen also nach wie vor auf ihrem Standpunkte beharren, daß nur eine Erhöhung der Kohlenpreise — sie sind im Juli in beiden Syndikatsbezirken herabgesetzt worden —, eine Erhöhung der Löhne möglich macht. Es wird Aufgabe der zwölfgliedrigen Kommission sein, das Reichswirtschaftsministerium dahin zu bringen, dem Beschluß des Reichskohlenverbandes auf Erhöhung der Kohlenpreise in beiden Syndikatsbezirken stattzugeben. Der Kommission gehören folgende Herren an: Von Arbeitgeberseite Bergassessor Leopold-Halle, Generaldirektor Pinitsch-Halle, Dr. Bruno-Kassel, Dr. Rabemacher-Dresden, Bergassessor Diehl-Bitterfeld, Bergwirksdirektor Riehoff für das ostdeutsche Kohlenrevier, die Arbeitnehmer werden durch die Herren Weber und Undeutsch-Halle, Lebbin-Bitterfeld, Thieme-Meuselwitz, Tolski-Magdeburg und Paulty vertreten.

*

Im Geiseltal lehnte eine starkbesuchte Versammlung der Michelwerke die Einmischung der Kommunisten in ihre Lohnkämpfe ab.

* Zunahme des Flachsanbaues. Nachdem bereits das Jahr 1920 starke Zunahme des Flachsanbaues in Deutschland, stellenweise bis über 50 Prozent, gebracht hat, wird im kommenden Frühjahr auf Grund der umfangreichen Saatenforderungen noch eine weitere bedeutende Vermehrung der Flachsanbaufläche erwartet. Der Flachsanbau ist für den Landwirt heute ungefähr ebenso einträglich wie der Weizenanbau.

Die Berliner und Leipziger Börse blieben gestern geschlossen.

Produktenbericht. Am Produktenmarkt herrschte wieder durchweg Geschäftsstille. Alle Artikel waren stark angeboten, auch Mais-Mais (mit den schwachen Devisen). Die Preise stellten sich meist billiger. Wetter unbeständig.

Berliner Produktenmarktpreise.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	12. Januar	11. Januar
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	190—210	190—210
kleine	165—170	165—170
Futtererbsen	143—150	148—155
Linsen	—	—
Peluschken	135—140	139—148
Ackerbohnen	150—154	155—157
Wicken	130—134	130—137
Lupinen, blaue	63—68	63—68
„ gelbe	73—83	73—83
Seradella, alte	65—80	65—85
„ neue	65—80	65—85
Vicia villosa	—	—
Raps	350—360	355—362
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	320—330	320—330
Mohn	—	—
Senfsaat	—	—
Hirse, in- u. ausländische	—	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	70—75	70—75
Torfmelasse	56—58	58—60
Häckselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	32—34	33—34
Kleeheu	—	—
Stroh, drahtgepreßt	21—22	21—22
„ gebündelt	19—20	20—21
Roggen-Langstroh	—	—
Runkelrüben	8½—9½	8½—9½
Möhren, rote	—	—
„ gelbe und weiße	—	—
Mais, loko ab Bremen	—	—
„ per Januar	162	165

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 12. Januar. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 98—99%	1575/1600	Orig.-Hütten-Alumin. in Walzdraht od. Drahtwaren	3150/3250
Orig.-Hütten-Weichblei	570/580	Zinn (Banca-Straits-Billton)	58.0/6000
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	620/630	Hüttenzinnmind. 99%	5600/5700
Remelted-Platten-Zink	430/440	Reinnickel (98-99%)	4500
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	3000/3100	Antimon (Regulus)	575/
		Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	1170/1180
		Elektrolytkupfer per 100 kg	2088

Devisen-Notierungen Berlin, 12. Januar:

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	2264.70	2272.30	New-York	68.18	68.32
Brüss.-Antwerp.	444.45	445.45	Paris	423.55	424.45
Christiania	1168.80	1166.20	Schweiz	1068.90	1070.10
Kopenhagen	1171.30	1173.70	Spanien	924.05	925.95
Stockholm	1458.50	1461.50	Wien (alter)	—	—
Helsingfors	204.75	205.25	Oesterr. abgest.	14.78	14.77
Italien	239.75	240.25	Prag	81.45	81.55
London	257.70	258.30	Budapest	12.18	12.22

Hauptschriftleiter: Heinrat Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Heinrat Böttcher; für politische Nachrichten i. A.: Hans Wesserschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Heilig; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gottschalk. Für den Anzeigenteil: Paul Kerber, Sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192101131-14/fragment/page=0003

Frauenspiegel

Die Frau als Beirat

Von Stefanie Hardter.

Länger als ein Jahrhundert hat es gedauert, bis man endlich daran dachte, auch für die große Oeffentlichkeit das alte weise Wort unseres weisheitsvollen Dichters Goethe zu befolgen, das da sagt:

„Willst du genau erfahren, was sich ziemt,
So frage nur bei edlen Frauen an —"

Es mußte erst der Frau das politische Stimmrecht zugestanden werden, ehe man sich entschloß, grundsätzlich ihr auch das Mitraten und Mittaten bei anderen öffentlichen Angelegenheiten zu gestatten. D. h. das Taten erlaubte man ihr schon eher, nur vom Rat schloß man sie vordem so gut wie völlig aus, und doch wäre schon früher der Rat einer praktischen Frau in manchen Angelegenheiten, wie Erziehung, Fürsorge, öffentliches Bauwesen, Hygiene und dergl. sicher von großem Nutzen gewesen, hätten Mißgriffe, Verschwendung unnötige Härten vermeiden helfen.

Ob sich die Frau als Abgeordnete schon bewährt hat, kann ich nicht sagen — es kommt ja immer auf die Frau an. Und man braucht da nicht immer an die „Zieh" denken. Aber in den Gemeinden, den Schulvorständen und anderwärts wird sie sich bewähren, und es ist gut, daß sie dort auch die Interessen nicht nur ihres Geschlechts, nicht nur der Schwachen und Unmündigen, sondern der Allgemeinheit vertreten hilft. Ja, es wird gut sein, wenn man keine Entscheidung mehr treffen wird, bevor man bei edlen und praktischen, einsichtigen Frauen angefragt hat. — Wäre solches früher schon geschehen, so würden, wie gesagt, nicht Fehler entstanden sein wie die hier nur als kleine Beispiele angeführten.

Wie sehr bisher weibliche Beamte, Lehrerinnen, in Stiften untergebrachte Damen gerade in Krankheitsfällen darunter gelitten haben, daß ihre Vorgesetzten, daß die Hausväter oder Anstaltsleiter Männer sind und diesen keine Frau als Beirat zur Seite stand, an die man sich hätte wenden, der man alles hätte anvertrauen können — davon wissen die Betreffenden zu reden! Das wird alles besser werden, wenn in den Kuratorien der Anstalten weibliche Beiräte mitzusprechen haben, wenn dem Schullehrer die Schulschwester zur Seite steht, die zwar in erster Linie den Kindern dienen soll, aber auch den weiblichen Kräften von Nutzen sein kann; wenn die Zahl der Fürsorgerinnen in Fabriken, Gefängnissen bedeutend vermehrt wird, wenn Berufsberaterinnen der weiblichen Jugend die Wege ins Leben öffnen helfen u. a. m. Daß mancher Fehler in der Lebensmittelversorgung wie in der Kriegswirtschaft nicht gemacht worden wäre, hätte man beizeiten sich von Frauen beraten lassen, ist klar, und es ist nur zu wünschen, daß auch hier Frauenerfahrung und Frauenansicht manches bessern helfe.

Am wichtigsten aber ist Rat und Mitarbeit bei der Erziehung, besonders der Mädchen. Wenn auch die Forderung von ausschließlich weiblicher Leitung und Lehrkraft an Mädchenschulen zu weit geht, so sollte Frauenhand hier die Hauptaufgabe zu lösen haben. Und gerade in der Frage der nun obligatorisch werdenden Mädchenfortbildungsschule, die so lebenswichtiger Bedeutung für das ganze Geschlecht ist, muß Frauenrat den ersten Platz beanspruchen, damit nicht etwa die durchaus nicht nachahmenswerte, den Anforderungen deutscher Zukunft so wenig entsprechende Form der schon bestehenden Berliner Mädchenfortbildungsschule als maßgebend angesehen werde!

Genug, ihr Frauen, ihr wenigstens unter allen, die ihr Rat zu geben verstehet: haltet ihn nicht zurück und laßt ihn nicht totschweigen werden, wo er nötig ist!

Die heutige Zeit gibt euch das Recht, mitzuraten, und sei es nur im Elternbeirat als Mütter schulpflichtiger Kinder. Ihr braucht keine Gelehrten zu sein, nur die Augen, das Herz und den Verstand auf dem richtigen Fleck zu haben, und euer Wollen und Wort kann segenbringend werden für viele!

Mode von heute

Der durchsichtige Aermel ist Trumpf. Mehr und mehr verdrängt der durchsichtige, nur leicht verschleierte Aermel am Gesellschaftskleid jeden Aermel anderer Art, aus dichten undurchdringlichen Stoffen, sei es nur Tuch, Samt oder Seide. Je durchsichtiger, desto modegerechter, möchte man fast sagen. Großmaschiger Tüll, oder feinster spinnwebartiger Seidenchiffon, wetteifern dabei geradezu miteinander, den schönen Frauenarm in seiner ganzen Wohlgestalt, die volle Rundung der Schulter ebenso, wie das weiche Grübchen über dem Ellbogen und ganz besonders auch die zarte Haut durch den nur leicht deckenden Schleier hindurch mehr und mehr zu enthüllen, und den Blicken mehr preiszugeben, als zu verstecken. Sie sind ungleich reizvoller, diese duftigen Aermel, als jene anderen, die als schmale Falbel dem Achselbande angefügt sind und nur den Armansatz nur etwa handbreit auf der Schulter bedecken. Durch einen Abschluß mit blitzenden Perlen oder gleißenden Glassteinchen im gefälligen Kontrast oder völliger Harmonie zur Gesamtkleidung siebend, verleihen sie der ganzen Erscheinung der Trägerin einen besonders jugendlich ansprechenden Zauber, namentlich dann, wenn irgendwo am Rock, vorn, seitlich oder hinten, das Ueberkleid bauschig verkürzt ist, um nochmals ein duftiges Gefältel des gleichen hauchfeinen Gewebes sehen zu lassen. Auch hier unterstützt Perl- oder Glassteinchenschmuck, freilich von gewähltem Geschmack immer nur in sparsamster Weise angewendet, die entzückende Wirkung des hauchfeinen Materials und kann sie zum höchsten Effekt steigern, wenn ein abliechender farbiger Untergrund sich mit der Grundfarbe des Gewandes aufs Trefflichste einen. So war namentlich ein türkischblaues Seidenkleid, mit silbergrauer, spinnwebfeiner Seidengaze, am langherabfallenden, glockenartig sich erweiternden Aermelende abwechselnd mit schwarzem Jett und rubinroten winzigen Glassteinchen besetzt, auf den drei Falbeln des Rockes saumartig wiederholte, ein Schmuck, der sich im Verein mit einem darunter hervorleuchtenden roten Untergewand von apartem Reiz und man konnte sich unschwer vorstellen, wie sowohl ein blonde, wie brünette Trägerin in ihr körperlichen Reizen durch diese künstlerisch abgetönte Farbengebung des an sich äußerst schlichten Gesellschaftskleides gehoben wird.

M. A.

Zeitgemäßer Haushalt

Die Küche

Speisezettel.

Donnerstag: Weiße Bohnen, süßsauer, mit gebratener Zwiebel.
Freitag: Sauerkraut und Erbsbrei.
Sonnabend: Quarkkeulchen.
Sonntag: Reissuppe. Kartoffelsalat mit Rumpfsteak. Apfelmus.
Montag: Kartoffelklöße mit Meerrettichsoße.
Dienstag: Grünkohl mit Röstkartoffeln.
Mittwoch: Fisch-Piroggen mit Senfsoße.

Fisch restlos zu verwerten. Noch immer gibt es viele Hausfrauen, die beim Zubereiten der Fische, Gräten, Kopf und Schwanz unausgenutzt beseitigen. Sie wissen nicht, daß diese zerkleinert und mit Suppengrün, einer mit zwei Nelken besteckten Zwiebel, etwas Zitronenschale und wenig Lorbeerblatt, in Salzwasser gekocht und möglichst in der Kochsitze fertiggestellt, eine vorzüglich schmeckende, an Eiweiß durchschnittlich 20 Prozent aufweisende Fischsuppe ergeben, die mit Mehl gebunden, oder mit Nudeln als Einlage, eine köstliche Suppe bilden. Aus dem Fischeingeweide, sauber gereinigt und durch den Fleischwolf getrieben, wird durch langsames Dünsten (nicht Braten) in Verbindung mit etwas Zwiebel, Paprika und Salz, eine würzige fettreiche Soße hergestellt, die über in Scheiben geschnittene, gekochte Kartoffeln gegeben, eine kräftigende Mittags- oder Abendmahlzeit liefert. In Oesterreich und Ungarn werden bei den Fischhändlern die Eingeweide zu diesem Zwecke bereitgehalten und verkauft. E.

Würzige Suppe aus Gemüseabfällen. Strünke, welke Blätter, Seitenwurzeln der Sellerieknollen, die groben Strünke des Lauchs (Porree) usw. zerkleinere man nach jedem Gemüseputzen mit der Maschine, brate eine Zwiebel mit wenig Fett braun, rühre unter Umrühren das zerkleinerte Gemüse im Tiegel, stäube einen gehäuften Eßlöffel Mehl darüber und lasse nach 15 Minuten Ankochen die Suppe in der Kochsitze ausquellen. Durchpassiert und mit Salz, Petersilie, 1 Teelöffel Appels Suppenwürze abgeschmeckt und mit Semmelwürfeln gereicht, schmeckt sie ausgezeichnet.

Kartoffelsalat ohne Oel lässig zu machen, geschieht auf leichte Weise, wenn man die frisch gekochten, nicht mehligen Kartoffeln schält, in Scheiben geschnitten, mit dem nötigen kochendheißem Essig übergießt, mit einer Holzkelle immer nach einer Seite damit schwenkt, bis die Kartoffeln schön glänzend und gebunden sind und dann erst den Rest des Wassers nach und nach beifügt. Die Zwiebel gibt man am besten derweile dazu. M.

Rationelle Verwertung von Gänseklein. Das nun wieder überall erhältliche Gänseklein kann, wenn es auch ziemlich teuer ist, doch zu einigen sättigenden Mahlzeiten verwendet werden. Kopf, Flügel und Rücken werden zusammen mit reichlich Suppengrün weichgekocht und in der Brühe Nudeln oder Reis weichgedünstet. Mit etwas angesäuerter Muskatnuß und gewiegter Petersilie ergeben sie ein kräftiges Essen. Herz, Magen werden durch die Fleischhackmaschine getrieben, mit der Brühe eingeweichtes Weißbrot, Salz und Pfeffer, Eiersatz, etwas geriebenen Apfel und feingepulvertem Beifuß vermengt, in den auf einer Seite fest zugenähten Hals gefüllt, dieser auf der anderen Seite ebenfalls zugebunden, so daß er eine kleine dicke Rolle ergibt, die, von allen Seiten angebraten, schließlich weichgedünstet wird. Zu Grün- oder Rotkohl gereicht, schmeckt er in Scheiben geschnitten, vorzüglich.

Fenster luftdicht abzudichten. Die fertig käuflichen Dichtungsstränge für schlecht schließende Fenster sind für manche Hausfrau eine recht unerschwingliche Ausgabe. Ein tüchtiger Ersatz dafür sind schmale Streifen von weißer, guter Watte, die man fingerbreit schneidet und mit Dextrin in der Fensterfalze klebt. Es ist dabei nötig, die ganzen Flächen mit Klebstoff zu versehen, dann drückt man die Wattestreifen, leicht gedreht, dagegen, schließt das Fenster etwa 10 Minuten und schneidet nach dem Oeffnen desselben alle stehenden Watzefasern ab. Sind die Mauern stark, so daß sich ein Fenstermantel erübrigt, dagegen Fensterbrett und unterer Rahmen undurchlässig, so empfiehlt es sich, lange schmale Kissen in der Breite des Fensters mit zerschnittenem Zeitungspapier, fingerbreit geschnitten und wie Holzwolle aufgeschüttet, zu füllen und über diese einen Ueberzug mit etwa 30 Zentimeter langen Ueberhangstreifen in die Fenster zu legen. Wenn sie dicht anschließen, halten sie auch den geringsten Luftzug ab. Schließlich geben zerlumpte, abgetragene Herrengarderobe, sorgsam aufgeplättet, auf alles Sackleinen geheftet, mit alten Kleiderstoff oder passendem Satin bedeckt und schräg waffelartig durchnäht, mollige Fenstermäntel ab, die mit hübscher Bordüre besteckt oder Franzenabschluß, ihren Zweck bei gutem Aussehen erfüllen.

Unsern Kindern

Soll man ein Kind zum Laufenlernen zwingen? Es ist eine Eigentümlichkeit vieler Mütter, daß sie mit ganz besonderem Stolz davon erzählen, wann ihr Kind den ersten Zahn bekam, das erstemal lachte, sich aufrichtete und vor allem, — wann es laufen lernte. Ja, unter vielen bekannten jungen Frauen entsteht öfter ein nicht edler Wettstreit, die erste zu sein, welche triumphierend melden kann: mein Kind läuft! Diese Tatsache überwiegt später alle Bedenken, die sich infolge schwächlichen Körperbaues ihres Kindes, bei eintretenden krummen Beinchen, Schwäche in den Knien usw. einstellen müßten. Sie würden nie darauf kommen, daß sie selbst mit ihrem falschen Stolz auf die Leistung ihres Lieblings, den Grund zu diesen mancherlei Gebrechen legten, an denen manches Kind oft Jahre hindurch zu leiden hat. Da wird dann der Arzt aufgesucht, um kräftigende Mittel zu verschreiben, oder der Orthopäd muß den krummen Gliedern Schienen anlegen, um ihnen den nötigen Halt zu geben. Und das arme Kind muß jahrelanges Martyrium erdulden, nur weil die verblendete Mutter es voll falscher Eitelkeit zu früh zum Stehen und Gehen anhielt. — Eine kluge Mutter, die ihr Kind aufmerksam beobachtet und keinerlei Zwang auf dieses ausübt, wird schon selbst an verschiedenen Anzeichen bemerken, wann ihr Kind kräftig genugt ist, um mit ihm die ersten Versuche zu unternehmen. Versucht dieses sich an Stuhl- oder Tischbeinen hoch zu richten, um allein aufzustehen, so kann sie ohne Gewissensbisse nach einigen Tagen die ersten Gehversuche mit ihm anstellen. Doch darf sie anfangs durchaus nicht übertreiben, wozu ja Freude und Stolz an ihres Lieblings Leistung nur zu leicht verleiten können. Täglich einmal einhalbstündiger Gehversuch angestellt, wird ihr Kind dahin bringen, daß es bald ohne Hilfe sich seiner Beinchen nicht nur zum Stehen, sondern auch zum Gehen bedient.

Dr. Felix Sartorius.

Zu einem Bund kinderreicher Familien haben sich die Vereinigungen kinderreicher Familien zusammengeschlossen, die sich in den letzten Wochen in Berlin, München, Köln, Frankfurt am Main, Hamburg, Altona und noch einigen anderen Großstädten begründet hatten. Der Zweck des Zusammenschlusses ist die Forderung der wirtschaftlichen, gesundheitlichen und erzieherischen Verhältnisse aller kinderreichen Familien. Im Rahmen der Selbsthilfe will der Bund erreichen: nennenswerte Steuererleichterungen, Vorteile beim Einkauf von Kleidungsstücken, Lebensmittel und Feuerungsmaterial, genügende Entlohnung, bevorrechtigte Arbeitszuweisung, Schulgeldermäßigung, kostenlose Ueberlassung von Lehrmitteln, Versorgung mit Erstlingswäsche, Zuweisung geeigneter Wohnungen, Unterbringung der Kinder in Lehrstellen, vorzugsweise Berücksichtigung erholungsbedürftiger Kinder in Ferienkolonien und bei Landaufenthalten.

Reigende Kinderkleidchen bringt das soeben erschienene Januarheft der bekannten Mode- und Frauenzeitschrift „Kleid und Heim". Es zeigt auch eine Reihe von Entwürfen zu Eigenkleidern für Erwachsene von Gertrud Willners Künstlerhand, sodann Jackenkleid und Bluse, Mantel, Hut und Sport. Ferner bringt das Heft Aufsätze über Frisuren, über künstlerische Frauenkleidung usw. Anklang finden werden auch die Maskenbilder für die beginnende Karnevalszeit. Zu beziehen zum Preise von 2,50 Mk. durch alle Buchhandlungen.

Gesetzliche Aufklärung für unsere Frauen!

Von Magda Trotz.

Der Krieg hat nicht nur eine Steigerung der weiblichen Berufstätigkeit bewirkt, sondern vielfach die Frau auch in Stellen hineingerückt, an denen sie ein gewisses Maß an Verantwortung, Disposition und Selbständigkeit zugeteilt erhielt. Auf der anderen Seite ist auch für den nicht berufstätigen diese Verantwortung durch die Fülle der Gesetze der Kriegszeit und Nachkriegszeit vermehrt worden. Aus diesem Grunde ist es notwendig, die Frau ganz allgemein gesetzeskundiger zu machen.

Den Ehefrauen steht die größere Lebenserfahrung des Mannes, seine Vertrautheit mit Fragen des öffentlichen Lebens und seine bessere Kenntnis der Gesetzesparagraphen zur Seite. Im Gegensatz hierzu sind für unsere berufstätigen Frauen die Gefahren, welche sich aus dem Mangel an Gesetzeskundigkeit ergeben, weit größer. Aber auch die neugeschaffene politische Stellung der Frau als gleichberechtigte Staatsbürgerin setzt infolge der völlig veränderten Verhältnisse auf allen Gebieten eine bessere Kenntnis der Gesetze voraus, soll sie ihren staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten verständnisvoll und selbstverantwortend nachkommen können. Leider herrscht noch immer eine große Passivität, der entgegengewirkt werden muß.

Die Frau läßt sich von ihren Gefühlen weit stärker leiten als der Mann. Sie ist weniger gründlich, sachlich und logisch. Beispielsweise wird der Gedanke daran, daß ihre Angehörigen, für deren Wohl die Hausfrau und Mutter verantwortlich ist, durch die allzu knapp bemessenen Rationen Mangel leiden, sie ohne Skrupel dem Schleichhändler in die Arme treiben. Das sogenannte Hamstern für den eigenen Verbrauch rechnet man ihr längst nicht mehr als Sünde an, hingegen verstößt sie gegen die Gesetze, wenn sie Wucher und Schleichhandel unterstützt. Auch die Landfrau, die unter der Hand bessere Preise erzielen kann, mißachtete die strengen Bestimmungen der Ablieferungspflicht nur allzu gern, wo sie pekuniäre Vorteile erzielen kann. Menschlich verständlich ist das alles und doch nicht entschuldbar.

Schwerer liegt der Fall, wenn sich die Frau über Gesetze und Verordnungen hinwegsetzt, weil sie ihnen mangels Kenntnis oder richtiger Bewertungsmöglichkeit zu geringe Bedeutung beimißt. Es ist nicht selten, daß die Frau in ihrer berufslosen Tätigkeit einen Betrugsfall als solchen gar nicht erkennt, den einer Hehlerei beteiligt ist, nicht in böser Absicht, sondern weil ihr die richtige Bemessung der Straffälligkeit fehlt. Ihr Werdegang erklärt das alles. Im Hause sah sie sich nur den kleinlichen Sorgen des Alltags gegenüber und im Berufsleben nahm ihr der Vorgesetzte meist die Verantwortung ab. Wo aber jetzt vielfach ungenügend vorbereitete Kräfte von der Kriegszeit her in Stellungen sind, die eigene Dispositionen und Entschlußfähigkeit verlangen, da liegt die Sache schwieriger. Man denke nur an Handel und Industrie. Was tritt dort an die beschäftigten Frauen nicht alles heran! Wie zahlreich drängen sich die Elemente um sie, deren Streben sich auf Verdienst unter jeder Bedingung richtet. Und sie machen sich gerade die geringe praktische Erfahrung der Frauen zunutze, ihre Unkenntnis in gesetzlichen Dingen. Sie tragen insolgedessen fast überall dort die größere oder alleinige Schuld, wo Frauen in Schieberprozesse, Hehlereien und Betrugsaffären mit hineingezogen werden. Gehört doch so wenig dazu, einer Gesetzesunkundigen klar zu machen, ein Unrecht, gegen das ihr Gewissen sich warnend erhebt, sei keines. Man überredet zum Mittun, lockt durch Versprechungen, und das Unglück ist geschehen. Auch eine gewisse Leichtfertigkeit ist in der Beurteilung, ob man mit dem Gesetze kolliderе oder nicht, ist unter den berufstätigen Frauen vielfach nachweisbar. Sie halten die Paragraphen des Strafgesetzbuches für viel zu hoch über ihnen stehend, als daß solch kleiner Delikt, wie er beabsichtigt wird, danach bemessen werden könne. Sie beurteilen die Tragweite der strafbaren Handlung nicht richtig, weil ihnen die richtige Abmessung fehlt. Sie sind mit einem Meinsüchter zu vergleichen, dem im großstädtischen Straßenverkehr die richtige Abschätzung für die Schnelligkeit herannahender Fuhrwerke fehlt und der den Damm rasch noch überschreiten will. Lebt er längere Zeit inmitten solcher Verhältnisse, so prägt sich ihm instinktiv das richtige Abschätzungsvermögen auf. Aehnlich wird es der Frau gehen, die längere Zeit inmitten des Wirtschaftslebens mit all seinen Fallstricken und Gefahren an verantwortlicher Stelle steht.

Es ist jedoch notwendig, diesen Weg abzukürzen und allerschnellstens Wandel zu schaffen. Der beste, aber nicht kürzeste Weg wäre der, in den Lehrplan aller Schulen die elementarsten Grundzüge der Gesetzeskunde aufzunehmen. Sie sind nicht minder wichtig als Bürgerkunde, und der jetzt im Umbau befindliche Lehrplan sollte darauf unbedingt Rücksicht nehmen. Damit trifft man indessen erst das künftige Geschlecht. Die Fortbildungsschulen vermögen mindestens nur die schulentlassene Jugend zu erreichen und die berufslichen Bildungsstätten, beispielsweise Handwerkerschulen, Technikum, Handelsschule usw. werden ebenfalls meist nur für die Jugend und Lernenden entsprechende Kurse für die weiblichen Lernenden einrichten müssen. Demnach wird es vor allem Aufgabe der Volksschulen sein müssen, die Frauen durch Vortragsreihen sehr elementaren Charakters in die Grundzüge der Gesetzeskunde einzuweisen. Und hier werden Frauenorganisationen und Frauenvereine ihre Mitglieder auf die Teilnahme an solchen Kursen hinweisen, vor allem aber deren Abhaltung in den Ausschüssen anregen müssen. In größeren Städten, wo Berufsorganisationen der Frauen mit zahlreichen Mitgliedern vorhanden sind, aber wird es eine der wichtigsten Aufgaben sein, durch öffentliche Vorträge in aneinandergereihter Folge eine systematische Grundlage für das Gesetzesverständnis der Frau zu schaffen. Oft fällt unter den Frauen völlige Verkennung der Sachlage, das Obsiegen des Gefühls über den klaren Verstand Ursache, daß sie schuldig werden. Davor müssen wir sie durch Aufklärung bewahren.

Welche Frauentugenden werden am höchsten geschätzt? Die Ansichten darüber, welche Tugenden an der Frau am höchsten zu bewerten sind, werden natürlich je nach der Auffassung des einzelnen verschieden sein. Auch eine Statistik wird hier in nicht Allgemeingiltiges aufstellen können. Immerhin aber bleibt es doch interessant, was ein großes Pariser Blatt einmal durch eine Umfrage bei seinen Lesern über die am meisten bei einer Frau geschätzten Eigenschaften festzustellen versuchte. Dabei ergab sich, daß über 60 verschiedene Frauentugenden als begehrenswert genannt wurden. Die meisten Stimmen waren der Reihe nach auf folgende Eigenschaften gefallen: Güte, Ordnungssinn, Hingebung, Sparsamkeit, Sanftmut, Klugheit und Freundlichkeit. Die Güte stand also an erster Stelle und vereinigte auf sich 19 306 Stimmen, während auf den Ordnungssinn 18 470 entfielen. Die Hingebung erzielte 17 904 Stimmen usw. Treue, Geduld und Bescheidenheit reihen sich an 8., 9. und 10. Stelle an. Die Willenskraft gar folgte erst an 24. Stelle. Nur 2236 Stimmen forderten von der Frau auch Eleganz. Für Selbstbewußtsein und Stolz sehen sich nur 528 Stimmen ein, womit diese Tugend erst an die 52. Stelle rückt. Die Unterordnung des Weibes schließlich unter den Mann, die sich in der Demut des Körpers, wird nur von 79 Stimmen gefordert. Sie steht damit an letzter Stelle.

Verantwortlich: Hans Helling.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192101131-14/fragment/page=0004